

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Schriftführer: Hans Dörfel 4196/4198



Stützpunkt für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 20 01, Zelle: Wilhelmstr. 104 5
Telefonnummer: 666120

Die Ausführung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund persönlicher Verantwortung der Redaktion zu übernehmen. Die Redaktion ist nicht für den Inhalt verantwortlich.

Berlin, den 1. Febr. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Freiheitskampf!

Reichstags-Neuwahlen am 5. März.

SPD. Der Reichstag ist aufgelöst; die Neuwahlen sind für den 5. März ausgeschrieben.

Alle von den Nationalsozialisten im Ältestenrat abgegebenen Erklärungen, aus denen man entnehmen musste, dass Hitler geradezu darauf brenne, mit seiner Regierungserklärung vor den Reichstag und zwar vor den im November gewählten Reichstag zu treten, haben sich wieder einmal als eitel und leer erwiesen. Oder hat etwa der Fragebogen der Zentrumsparterie eine Änderung in den Absichten des Kabinetts herbeigeführt? Zweifellos geben die Fragen der Regierung harte Nüsse zu knacken, zweifellos wäre sie nicht imstande gewesen, sie befriedigend zu beantworten. Aber es liess sich trotzdem nicht voraussehen, welche Stellung das Zentrum bei der Abstimmung über die Misstrauensvoten einnehmen würde. Oder fürchtete man Schwierigkeiten bei dem geplanten Ermächtigungsgesetz? Aber wären sie eingetreten, so hätte auch dann noch die Möglichkeit der Auflösung bestanden. Es muss also ein anderer Grund sein, der zu dem beschleunigten Schritt Veranlassung gegeben hat, und nach diesem Grund braucht man nicht lange zu suchen: Die Nationalsozialisten wollen die Siegesstimmung ihrer Anhänger und die Hoffnungen der Anbeter jeden Erfolgs ausnutzen.

Begeisterung ist keine Heringsware. Sie lässt sich nicht einpökeln. Dem Rausch darf nicht die Zeit gelassen werden, in Katzenjammer umzuschlagen. Schnell, eh' die Brandung der Kritik, der Enttäuschung und der Unzufriedenheit wiederkehrt, soll gehandelt werden. Vier Wochen, so kalkuliert man, wird die Trunkenheit anhalten, die Braunhemden werden das übrige tun, und die Khakiwahlen, davon ist Hitler und seine Umgebung überzeugt, werden den Nationalsozialisten einen neuen grossen Aufschwung, wenn nicht gar die absolute Mehrheit bringen. Soweit so gut! Aber was denken sich eigentlich die Deutschnationalen bei diesem Unternehmen? Bei dem Fackelzug am Montag hat kein Mensch "Heil Hugenberg" gerufen, und in der Wahlkampagne wird der Krisenminister ebensowenig eine Rolle spielen. Wer für die neue Regierung eingenommen ist, wählt Hitler und nicht Hugenberg. Ein Trost mag es für die Deutschnationalen sein, dass die Auflösung fürs erste die weitere Behandlung der Osthilfeskandale im Haushaltsausschuss unmöglich macht. Doch der Trost ist mager. Einmal gibt es noch den Ueberwachungsausschuss, vor allem aber müssen sich die derzeitigen Verbündeten der Nazis über das Ziel der Reise im Klaren sein. Je stärker die Hakenkreuzler werden, um so geringer wird der Einfluss der Hugenberger, und die unter noch immer nicht ganz aufgeklärten Umständen zustande gekommene Koalition kann ein schnelles Ende nehmen.

Die feinen Herren haben sich gerühmt, im Kabinettt die stärksten Positionen zu besitzen. Nicht mit Unrecht; Hitler war und ist in der Tat nur das Aushängeschild. Doch sie hätten besser geschwiegen und sich zurückgehalten.

In den Reihen der Nationalsozialisten fing es zu grollen an, und der Flügel, der sei es aus Ueberzeugung, sei es aus Opportunismus Sozialpolitik treiben möchte, zeigte recht offen sein Missbehagen über die Verstümmelung des Arbeitsministeriums und die Vereinigung weitestgehender Machtvollkommenheiten in der Hand eines Mannes, an dessen antisozialen Willen kein Zweifel bestehen kann. So erleben wir das erbauliche Schauspiel einer Reichstagsauflösung, die sich gegen einen Teil der Regierung richtet, die sie ausspricht, und wir dürfen gespannt darauf sein, wie sich diese Tatsache während des Wahlkampfes auf die Glieder der Harzburger Front auswirken wird. Zunächst indessen wird nach alter Uebung das Feldgeschrei "gegen die Marxisten" lauten. Und es wird nicht beim Schreien bleiben. Wieder einmal liefen am Mittwoch Gerüchte von einem bevorstehenden Verbot der Kommunisten um. Nun halten wir die Regierung nicht für töricht genug, ein solches Verbot in diesem Augenblick zu erlassen. Schon deshalb nicht, weil sie in den Kommunisten einen Sturmbock gegen die Sozialdemokratie sieht. Eine andere Frage aber ist, ob sie zu dieser Massnahme nicht nach der Wahl greifen und mit ihr die Kassierung der kommunistischen Mandate verbinden wird. Zuzutrauen ist den Herren alles. Fürs erste scheinen sie sich mit einer Terrornotverordnung begnügen zu wollen.

Die Sozialdemokratie steht wieder einmal vor schweren Kampftagen. Jetzt wird die Entscheidungsschlacht geschlagen. Siegt der Faschismus, so ist es mit den elementarsten Rechten des Volkes auf unabsehbare Zeit hinaus zu Ende. Wird er am 5. März geschlagen, so ist er für immer geschlagen. Wir sind sicher, dass das arbeitende Volk die Situation erkennt und seine Pflicht und mehr als seine Pflicht tun wird. Es wird, um Hitler und Hugenberg niederzuringen, seine ganze Kraft und seinen ganzen Opfermut aufbieten. Mit der Arbeiterschaft aber sollten sich alle die verbünden, die noch ein Empfinden für die Demokratie und für ihr politisches Selbstbestimmungsrecht besitzen.

Freiheit gegen Knechtschaft! heisst die Parole!

Es lebe die Sozialdemokratie!

SPD. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Leber-Lübeck ist am Mittwoch abend im Zusammenhang mit dem in der voraufgegangenen Nacht erfolgten Zusammenstoss zwischen Leber und Nationalsozialisten verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte, weil Leber seine Begleiter während des Zusammenstosses angeblich aufgefordert hat: "Stecht zu!"

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Reichstagspräsidenten sofort ersucht, gemäss der bisherigen Praxis für die Freilassung von Leber zu sorgen. Leber ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Er geniesst also auch für den Fall der Auflösung des Reichstags die Immunität.

SPD. Paris, 1. Februar (Eig. Drahtb.)
Drei von den 29 spanischen Monarchisten, die aus dem Gefängnis von Villa Cisneros entflohen und bis nach Lissabon gelangt waren, sind am Mittwoch an Bord eines englischen Dampfers in Brest eingetroffen. Von dort werden sie nach Paris weiterreisen.

SPD. Die Hitler-Regierung plant die Ernennung von Nazi-Goebbels zum Rundfunkkommissar im Reichsministerium des Innern.

SPD. Mit einer ebenso kläglichen wie widerlichen Posse hat der unter grossem Geschrei von den Nationalsozialisten im Preussischen Landtag ins Leben gerufene Untersuchungsausschuss, der die angebliche Korruption der republikanischen Justiz im Anschluss an das Pamphlet von Moritz-Zarnow beweisen sollte, sein Dasein beendet. Genau neun Monate hat der Ausschuss bestanden, ohne einen einzigen Zeugen vernommen, ohne einen einzigen Beweis erhoben zu haben. Am Mittwoch war es nun endlich so weit: die Beweisaufnahme zum sogenannten Fall Werthauer sollte stattfinden, ein halb Dutzend Zeugen waren geladen, darunter der ehemalige Staatssekretär Fritze, der Ministerialdirektor i.R. Huber und andere leitende Beamte des Justizministeriums.

Und was geschah? In einer wohleinstudierten heuchlerischen Posse liess der Ausschussvorsitzende, der berühmte Nazianwalt Freisler, den Ausschuss auseinanderplatzen, ohne einen Zeugen zu vernehmen! Gleich zu Beginn erhob sich Freisler zu einer anderthalbstündigen theatralischen Rede. Zunächst wandte er sich gegen den "Vorwärts", weil dieser die völlige Untätigkeit des Ausschusses angeprangert hat. Freisler wusste jedoch nichts stichhaltiges auf diese Feststellung zu erwidern. Dann holte Freisler zu einer Hetzrede aus, die im wesentlichen darin bestand, noch einmal alle Unwahrheiten und Schiefheiten des Zarnow'schen Pamphlets in einseitigster und gehässigster Verzerrung zu wiederholen. Auf die erregten Zwischenrufe der Linken, was das bedeutete, versetzte Freisler scheinheilig: es sei seine Pflicht als Vorsitzender, die Öffentlichkeit über die Bedeutung der kommenden Beweisaufnahme zu belehren. Mit der gleichen Heuchelei sprach er wohl zwanzigmal von den Zeugen, die er vernehmen wollte, von dem Beweis-Schema, nach dem er die folgende Beweisaufnahme leiten wolle usw. Wie aber das Arsenal seiner Verleumdungen erschöpft war, beendete Freisler seine Ausführungen mit den Worten: "Und da der Landtag am Sonnabend aufgelöst wird, schliesse ich hiermit die Sitzung." Auf die Feststellung der Sozialdemokraten, dass hier ein Betrug verübt worden sei, antworteten die Nazis mit wüsten Drohungen und Beschimpfungen.

So sind die Justizenthüller vor ihren eigenen Enthüllungen schmachlich davongerannt. Sie haben sich vor der Beweisaufnahme gedrückt, um einer unsterblichen Blamage zu entgehen. Denn es stand fest, dass bei Vernehmung der Zeugen alle die von Freisler behaupteten und grossenteils bereits gerichtlich widerlegten Verleumdungen wie Seifenblasen zerplatzt wären.

SPD. Duisburg, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

In Homberg bei Duisburg kam es am Mittwoch zu schweren Zusammenstössen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zwei Nationalsozialisten und ein Landjäger wurden getötet. Ausserdem sind zahlreiche Schwerverletzte zu verzeichnen.

Schon in den frühen Morgenstunden des Mittwoch, lange bevor die Dämmerung anbrach, rotteten sich die Nationalsozialisten in Moers und Homberg zusammen, um dem Strassenbild ihren Stempel aufzudrücken. In Moers begnügten sie sich zunächst damit, von der Geschäftsstelle der NSDAP aus mit Ueberfallkommandos links eingestellte Erwerbslose am Betreten der benachbarten Stempelstelle zu verhindern. Mehrere Personen wurden blutig geschlagen. Es gelang der Moerser Polizei jedoch bald wieder einigermaßen normale Zustände zu schaffen.

In Homberg begann die nationalsozialistische Aktion mit einem Ueberfall auf den Lieferwagen der sozialdemokratischen "Volksstimme". Ein SA-Kommando darf die in dem Wagen befindliche Auflage an der Homberger Brücke in den Rhein und zwang den Wagenführer mit vorgehaltenem Revolver, die Nazimannschaft zu ihrem Heim zu bringen. Etwa um 9 Uhr hatte das Gewimmel der braun Uniformierten, die Stahlruten und Revolver offen zur Schau trugen, in den Homberger Strassen seinen Höhepunkt erreicht. Um die gleiche Zeit rückte aus dem benachbarten Hochheide ein mobilisierter Trupp Kommunisten an. Zusam-

menstöße mit unabsehbaren Folgen waren zu befürchten. Infolgedessen begannen die Homberger Kommunal-Polizei mit der Säuberung der Strassen. Gegenüber den gut bewaffneten Nationalsozialisten konnte sie jedoch nicht sofort durchdringen. Die staatliche Polizei in Duisburg und Krefeld wurde deshalb um Hilfe ersucht. Als die Schupo-Kommandos eintrafen, waren bereits ein Landjäger und ein Nationalsozialist erschossen.

Um die Mittagszeit waren noch in mehreren Strassen Plänkeleien zwischen den Rechts- und Linksradikalen im Gange. Auch in den ersten Nachmittagsstunden war die Ruhe noch nicht wieder hergestellt.

SPD. Liegnitz, 1. Februar (Eig. Draht.)

Die Liegnitzer Polizeiverwaltung hat am Mittwoch sämtliche Umzüge der Kommunistischen Partei, ihrer Unterorganisationen und der unter ihrem Einfluss stehenden Erwerbslosenausschüsse für das gesamte Stadtgebiet verboten. Das Verbot erfolgte, nachdem während eines kommunistischen Umzugs am Dienstag-Abend Passanten beleidigt und bedroht worden waren.

SPD. Die von der Zentrumsfraktion des Reichstags am Dienstag an die Hitler-Regierung gerichteten Fragen lauten :

1. Die Zentrumsparlei wünscht über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung genau unterrichtet zu sein.

2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzelfragen: a) Welche Sicherheiten können seitens der Reichsregierung dafür gegeben werden, dass ihr Massnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten? b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür, dass nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Massnahmen ergriffen werden? c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preussen zuzusagen, und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen? d) Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des bauerlichen Berufsstandes wie auch aus volks- und nationalpolitischen Gründen die Wiederaufnahme des umfassenden Siedlungswerkes in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände durchzuführen?

e) Ist die Reichsregierung bereit, die grössten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen und welche Einzelmassnahmen in dieser Richtung sind von ihr vorgesehen?

f) Ist es richtig, dass das Arbeitsministerium abgebaut werden soll und wesentliche Teile seiner Zuständigkeiten dem neuernannten Krisenminister unterstellt werden sollen?

g) Gedenkt die Regierung, das Koalitionsrecht im bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten?

h) Wie steht die Reichsregierung zur Erhaltung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechts?

i) Wie denkt die Reichsregierung, einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?

k) Ist die Reichsregierung bereit, Sicherungen dafür zu schaffen, dass jede Form von Inflation unterbleibt und finanzpolitische Experimente, die von gewisser Seite privat propagiert wurden, wirksam abgewehrt werden?

Eine Antwort Hitlers ist auf die Fragen des Zentrums bisher nicht erfolgt.

SPD. Breslau, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

In Reichenbach (Eulengebirge), einem Nazi-Zentrum Schlesiens, drohte der Nazikreisleiter Teuschert in einer Versammlung: Hitler werde mit den Häunken, die Deutschland in 14 Jahren an den Abgrund gebracht haben, restlos aufräumen. Wer doch noch "Heil Moskau!" rufe, der werde erschlagen. Adolf Hitler werde die Arbeitslosigkeit beseitigen und Deutschland davon überzeugen, dass er das Heil ist, und die sich dann noch nicht überzeugen lassen, werden am Galgen baumeln.

SPD. Bochum, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Bereich des Polizeipräsidiiums Bochum kam es im Laufe der Nacht zum Mittwoch zu schweren Ausschreitungen.

In Wattenscheid wurde bei einer Schlägerei mit Nationalsozialisten ein Kommunist durch Messerstiche schwer verletzt. Bei einer Durchsuchung des Verkehrslokals der NSDAP wurden mehrere Schusswaffen beschlagnahmt. In Wanne-Eickel kam es anlässlich eines Fackelzuges der NSDAP zu Störungsversuchen von kommunistischer Seite. Einschreitende Polizeibeamten wurden in der Moltkestrasse aus einem Hause beschossen. Die Polizeibeamten erwiderten das Feuer. Fünf Personen erhielten Schussverletzungen. Vier Verletzte gehören der KPD an.

Am Mittwoch-Vormittag wurde auf der Ebertstrasse in Wanne-Eickel ein Nationalsozialist aus einem Haus beschossen. Er wurde durch einen Halssteckschuss schwer verletzt. Einige der Tat dringend verächtliche Personen wurden festgenommen. Am Mittwoch vormittag gegen 7.45 Uhr drangen 20 bis 25 Nationalsozialisten gewaltsam in die Geschäftsräume der sozialdemokratischen Zeitung "Freie Presse" in Wanne-Eickel ein und verlangten die Herausgabe der Mittagsausgabe der Zeitung, um sie zu vernichten. Die Nationalsozialisten wurden aus dem Lokal gedrängt. Auf der Strasse gaben sie dann mehrere Schüsse auf das Lokal ab. Verletzt wurde niemand. Die Täter wurden zum Teil erkannt.

SPD. Breslau, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Hitlerregime beginnt im Zeichen neuen rücksichtslosen Lohnabbaus. In der oberschlesischen Kalkindustrie wurden laut Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in Oppeln die Löhne der Arbeiterschaft um 3 Pfennig pro Stunde gedrückt. Die Gewerkschaftsvertreter haben den Schiedsspruch abgelehnt.

SPD. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den bisherigen deutschnationalen Reichsminister der Justiz, Gürtner, in seinem Amte als Reichsminister der Justiz bestätigt.

SPD. Die erste Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags nach der Bildung der Hitlerregierung hat bereits gezeigt, wie unwahrhaftig die ganze Nazi-Agitation ist und wie gross die Furcht der Nazis, dass ihr Doppelspiel und ihre Falschmünzerei jetzt enthüllt werden.

Erst vor wenigen Tagen hatten die Nazis ein umfangreiches Bündel von Anträgen eingereicht, durch das schlagartig in grosser Masse Arbeit geschafft und die soziale Not gemildert werden sollte. Sie verlangten die Beseitigung der Papenschen Steuergutscheine und ihre Umwandlung in "Arbeitswechsel". Mit ihrer Hilfe sollten an alle Bedürftigen Bedarfsgegenstände aller Art gratis

abgegeben werden. Aus der durch die Arbeitsbeschaffung eintretenden Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung sollte der Abbau von Steuern und Schulden vorgenommen werden. Die Nazis verlangten weiter die völlige Aufhebung der Bürgersteuer. Dazu kam ein Antrag der Deutschnationalen auf völlige Abschaffung der Hauszinssteuer, aber ohne Senkung der Mieten und ohne Vorschlag für die Deckung des Ausfalls von 900 Millionen Mark.

Vor der Ernennung der neuen Regierung drängten die Nazis täglich auf sofortige Abstimmung ihrer Anträge. Nach der Ernennung erklärten sie ihre Beratung für überflüssig und verlangten die Vertagung des Haushaltsausschusses. Sie wurde gegen den lebhaften Protest der Sozialdemokraten beschlossen. Das Verhalten der Nazis zeigt deutlich, dass sie als Regierungspartei einen neuen Standpunkt bezogen haben. Mit einem Male legen sie keinen Wert mehr darauf, ihren Einfluss im Sinne einer raschen Verwirklichung ihrer früheren Forderungen auszuüben. Die Kapitulation vor den deutschnationalen Schwerindustriellen ist schneller erfolgt als selbst die schärfsten Gegner der Nazis angenommen hatten.

SPD. Hamburg, 1. Februar (Eig. Draht.)

In der Bahnmeisterei Wilhelmsburg-Harburg feuerte am Mittwoch der nationalsozialistische Reichsbahnbeamte Alexander Ast mehrere Revolverschüsse auf einen dem Stahlhelm angehörenden Kollegen Sasse und auf den zur Sozialdemokratie zählenden Beamten Frank. Sasse war sofort tot. Frank ist schwer verletzt. Nach dieser Bluttat richtete Ast den Revolver gegen sich selbst und verletzte sich schwer.

Vorangegangen war eine politische Diskussion zwischen den drei Bahnbeamten, die der Täter mit den Revolverschüssen beendete. Direkte Augenzeugen sind nicht vorhanden. Ein in der Nähe weilender Beamter gab bei der sofort vorgenommenen Untersuchung an, Ast habe bei dem Betreten der Bahnmeisterei gerufen: "So, jetzt wollen wir mal abrechnen."

SPD. In dem Berliner Vorort Falkensee wurden von unbekanntem Tätern mehrere Handgranaten gegen ein in einer Waldkolonie gelegenes Haus geschleudert. Die Vorderfront des Gebäudes wurde stark beschädigt. Sämtliche Fensterscheiben der anliegenden Häuser gingen gleichfalls in Splitter. Die polizeilichen Untersuchungen haben bis jetzt ergeben, dass der Anschlag einem Untermieter und Reichsbannermann gegolten hat. Falkensee war in den vorhergehenden Nächten der Schauplatz schwerer nationalsozialistischer Schiessereien und Zusammenstöße mit Kommunisten.

In der gleichen Nacht zum Mittwoch unternahmen in Berlin acht SA-Leute einen Feldzug gegen sozialdemokratische Verkehrslokale in der Siemensstadt. In einer der Wirtschaften wurden deren Inhaber niedergeschlagen und sämtliche Scheiben zertrümmert. Im zweiten Lokal wurden ebenfalls die Schaufenster eingeschlagen. Später überfielen dieselben Banditen einen 27jährigen Arbeiter und stachen ihn nieder. Er wurde schwer verletzt aufgefunden und in das Krankenhaus gebracht. Insgesamt wurden in dieser Nacht sechs Arbeiter von SA-Leuten niedergestochen und niedergeschossen.

SPD. Stettin, 1. Februar (Eig. Dr.)

In dem Prozess gegen die Stettiner nationalsozialistischen Raubmörder beantragte der Oberstaatsanwalt am Mittwoch gegen die Angeklagten Hermann Köhler, Friedrich Brauns und Gustav Duchateau die Todesstrafe unter dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Gegen den Angeklagten Schulze lautete der Antrag auf sechs Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust, gegen die Frau des Hauptangeklagten Köhler drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

In seinem Plädoyer erklärte Oberstaatsanwalt Trost, die abzuurteilende Tat sei so verabscheuungswürdig, so abstossend, dass die grausigen Einzelheiten schwerlich glaubhaft erschienen. Die Verhandlung habe den unwiderleglichen Beweis dafür erbracht, dass sich die Raubtat im wesentlichen so zugetragen habe, wie sie die Anklageschrift darstelle. Die Angaben von Duchateau und Brauns stimmten in den wesentlichsten Punkten mit den Aussagen der Tatzeugen überein. Was die Aussagen von Köhler und Schulze anlange, so glaube ihnen kein einziger im Saale ihre offenbar unwahren Angaben. Die Tat von Streithof sei ein gemeiner Raub, bei dem das angewandte Mittel der Gewalt den Tod Steinickes herbeiführte und zwar mit Wissen, Willen und festem Vorsatz der Täter.

SPD. Hannover, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische "Volkswille" meldet aus dem Harz, dass sich dort mit aller Hartnäckigkeit das Gerücht erhält, dass die Erzgruben und Hüttenbetriebe stillgelegt werden sollen. Die Stilllegung soll erfolgen, weil die Preussenkommissare und die braunschweigische Regierung keine Zuschüsse mehr zur Verfügung stellen wollen. Durch die geplante Stilllegung würden etwa 3000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos.

SPD. Hannover, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

In Peine schoss ein SA-Mann mit einem Revolver in eine Menschenmenge und verletzte drei Arbeiter, von denen einer einen schweren Unterleibsschuss und die beiden anderen Beinschüsse erhielten. Sie mussten dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Kamerad Hitlers wurde verhaftet.

SPD. Die Nationalsozialisten haben im Preussischen Landtag einen Antrag auf Auflösung des Preussenparlaments eingebracht. Der Nazi-Präsident hat daraufhin den Landtag zu Sonnabend einberufen. Die Nationalsozialisten hoffen, dass die Kommunisten für ihren Antrag stimmen und mit den Reichstagswahlen zugleich Neuwahlen zum Landtag stattfinden können.

SPD. Genf, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat am Mittwoch das Mandat des einstweiligen Völkerbunds-Kommissars in Danzig, Rosting, bis zum 15. Oktober verlängert. Der Völkerbund hat bisher keinen Kandidaten für diesen Posten finden können.

SPD. Das "Berliner Tageblatt"
schreibt zu der Auflösung des Reichs-
tags :

"Diese Neuwahlen sind keine Notwendigkeit, sondern eine Spekulation und ein Ablenkungsmanöver. Sie sollen den Parteien, die jetzt hinter der Regierung stehen, die ersehnten 51 Prozent der Stimmen und Mandate, sie sollen ihr die Unabhängigkeit von Parteien bringen, die unangenehme Bedingungen stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist Eile geboten: Man wartet erst gar nicht den Zusammentritt des Reichstags ab, man löst sofort auf. Man lässt auch nicht die 60-Tage-Frist ablaufen, schon am 5. März soll gewählt werden. Man will die Fackelzugsstimmung ausnutzen, Anhänger und Mitläufer nicht zur Besinnung kommen lassen, man will nicht so viel Zeit verstreichen lassen, dass unbequeme Frager fragen könnten: Was habt ihr bisher vollbracht? Was ist's mit euren Wunderrezepten? Wo bleibt das grosse Wirtschaftsprogramm? Warum gibt es noch Arbeitslose? Bis zum 5. März hofft man, all diese Frager und Mahner abspeisen zu können mit der bequemen Ausrede: Wir konnten ja noch nichts tun, konnten unsere Versprechungen noch nicht erfüllen, denn uns fehlten die grossen Vollmachten; gebt sie uns, indem ihr uns wählt! Die Frist von 48 Stunden, die wir brauchen, um Deutschland zu retten, läuft nicht vom 30. Januar, dem Tage der Machtergreifung, sie läuft erst vom 5. März, dem Tage, an dem wir auch Herren der Parlamente sind. Unwiderruflich: vom 5. März! Arbeit und Brot, wie sie verheissen haben? Nein, Uebrig bleibt, als Allheilmittel -: der Stimmzettel."

SPD. Homberg, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

In Homberg gelang es der Polizei am Spät-Nachmittag endlich die Ruhe wiederherzustellen. Die Zahl der Opfer konnte jedoch auch bis Mittwoch-Abend noch nicht genau festgestellt werden. Fest steht, dass ein Landjäger und drei Nationalsozialisten, darunter ein auswärtiger, getötet wurden und zwei weitere Beamte mit Rücken- und Brustschüssen im Krankenhaus lebensgefährlich daniederliegen. Die Zahl der übrigen Schwerverletzten, die an verschiedenen Stellen untergebracht sind, wird von amtlicher Seite auf mindestens 10 höchstens 15 geschätzt. Die Verletzungen leichter Art sind zahlreicher.

Am frühen Nachmittag zogen die Nationalsozialisten auf Autos Verstärkungen aus der näheren und weiteren Umgebung, selbst aus Essen heran, doch konnten sich diese Formationen nicht mehr entfalten. Sie wurden auf das Schlageter-Heim abgedrängt, wo auch in den Abendstunden noch unbedeutende Ansammlungen von der Polizei zerstreut werden mussten, die alle gefährdeten Punkte mit Stahlhelmbewehrten Posten besetzt hielt. Im Stadtteil Hochheide fuhr ein mit Nationalsozialisten besetztes Auto in eine Menschenmenge. Es gab mehrere Leichtverletzte. Aus dem Kraftwagen wurden mehrere Schüsse abgegeben.

Einen besonderen Konflikt hatte die Beflaggung des Rathauses mit der Hakenkreuzfahne heraufbeschworen, die durch die Führung der NSDAP unter angeblicher unberechtigter Berufung auf den Bürgermeister bei den unteren Instanzen durchgesetzt worden war. Sozialdemokratische Bezirksvertreter, die zu einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses berufen worden waren, verliessen unter Protest das Beratungszimmer, weil sie es ablehnten, unter einer Hakenkreuzfahne zu tagen. Erst aufgrund einer dringlichen Beschwerde bei der Düsseldorfer Regierung, die eine Delegation entsandte, wurde die Flagge eingezogen.

Anm.f.d.Red.: Die Auflösung des Reichstags wurde amtlich am Mittwoch-Abend in einer für 9 Uhr angesetzten Pressekonferenz bekanntgegeben. Die Konferenz hatte bei Redaktionsschluss noch nicht begonnen.

Was aller Welt

Der Gelehrtschreibtisch.

Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

SPD. Nur ein in der Chemie bewandeter Tierfreund konnte die Erkenntnisse gewinnen, durch die Dr. Wilhelm Kühnelt in Wien die von Schneckenbeobachtern oft gestellte Frage beantwortet: "Woher gewinnt und wie verarbeitet die Schnecke den Stoff zu ihrem Haus?" Schon der verhältnismässig einfache Bau unserer Schnecken, und nun gar die grossen, seltsam geformten, farbenprächtigen Paläste exotischer Artverwandter haben etwas Befremdendes. Sie alle bestehen zum grössten Teil aus Kalk. Ein Teil dieses Baustoffes entstammt der kalkreichen tierischen und pflanzlichen Nahrung, dem Trinkwasser und der von manchen Schnecken begierig gefressenen Erde. Sie können sich aber auch steinharten Kalk nutzbar machen. Von ihm reissen sie mit Hilfe der Reibeplatte ihres Mundes kleinste Teilchen los. Sie vermögen auch kalkhaltiges Gestein aufzulösen. Hierzu bedienen sie sich vom Schneckenkörper ausgeschiedener chemischer Stoffe. Wenn unsere gewöhnliche Gartenschnecke auf einem Kalkfelsen sitzt, dringt sie in sechs Monaten bis 1 cm tief in das Gestein ein. So entstehen, oft unter Mitwirkung mehrerer Tiere, jene bis 10 cm tiefen Schneckenlöcher, die als solche richtig gedeutet wurden, noch ehe man über ihre Entstehung recht im Klaren war. Durch den von ihr erzeugten Lösungstoff beseitigt die Schnecke solche inneren oder äusseren Gehäuseteile, die ihr beim Wachsen im Wege sind, um das Baumaterial, das sie von einer Stelle nahm, an einer anderen wiederzuverwenden.

Dass in den menschlichen Organen während ihrer Arbeit elektrische Ströme auftreten, ist bekannt. Ueberraschend aber war die Feststellung von C. und O. Vogt im Kaiser Wilhelm-Institut für Hirnforschung, dass den durch den Zellenbau und ihre Bestimmung zu unterscheidenden Hirnteilen auch verschiedene Arten elektrischer Ströme entsprechen. Da die Ströme nur sehr schwach sind, bedarf es besonders feiner Instrumente, um sie nachzuweisen. Neuerdings baute ein begabter Ingenieur des Instituts einen Neurographen genannten Apparat, der die im Tierversuch auftretenden geringen Stromschwankungen, die in den einzelnen Hirnfeldern nachzuweisen sind, in Tintenschrift deutlich aufzeichnet. Das Eigentümliche hierbei ist, dass der Wechsel der Stromlinie immer auch einen Wechsel des feineren anatomischen Baues anzeigt und umgekehrt in einem anderen Hirnteil auch eine andere Stromart erscheint. Gerade durch die Verwertung beider Prüfmittel gelang es den Hirnforschern, 200 scharf gegeneinander abgegrenzte Hirnfelder zu bestimmen. Jetzt geht man nicht ohne Erfolg dazu über, die Hirnströme auch am lebenden, geschlossenen Menschenschädel aufzufangen.

In Nordamerika brachte man 16 Tauben, die bisher, wie man sicher war, nur diessseits eines 200 bis 4500 Fuss hohen Gebirgszuges geflogen waren, 100 Kilometer weit auf die andere Seite des Gebirges. Dann liess man sie frei, um zu erfahren, wie sie den Weg zurück fänden. Eine Taube stieg nicht auf, eine andere kehrte nicht nach Hause zurück. Die 14 anderen aber stiegen auf und erreichten den heimatlichen Taubenschlag. Ihre Flugzeiten waren recht verschieden. Einige vorzügliche Pfadfinder beendeten ihre Luftreise schon nach $4\frac{1}{2}$ Stunden. Andere gebrauchten 14 Tage dazu. Nach einigen Wochen wiederholte man den Versuch. Jetzt lösten 7 Tiere ihre Aufgabe schon in 3 Stunden. Einige

Tiere flogen erheblich schneller als andere und beim zweiten Flug kamen sie viel eher nach Haus als beim ersten Mal. Diese Tatsachen bestätigen die durch Beobachtung während des Fluges angeregte Annahme: Die Vögel beschreiben wohl engere oder weitere Flugkreise, bis die einen früher, die anderen später Landschaften sehen, die ihnen bekannt sind. Hierbei wird die Sonderbegabung eine ebenso grosse Rolle spielen wie der Zufall.

Seit ein führender Mediziner wie Professor Bier den Heilwert eines winzigen Jodtropfens, also eines Tröpfchens, das durch Teilung eines Tropfens von üblicher Grösse zu gewinnen ist, ins rechte Licht setzte, kommt die geringe Menge Jod, in Wasser gelöst, nicht nur bei Schnupfen, sondern auch bei anderen Leiden und krankhaften Zuständen, zum Beispiel bei Aderverkalkung, immer mehr in Aufnahme. Dabei wird nur zu leicht vergessen, dass Jod mit all seinen guten Eigenschaften, die es im ärztlichen Gebrauch entfalten kann, ein starkes Gift ist und bleibt. In der wissenschaftlichen Literatur mehren sich neuerdings die Klagen der Aerzte darüber, dass Laien sich die Jodlösung bereiten und damit garnicht so selten Schaden anrichten. Manche Menschen, die es freilich vorher nicht wissen, sind schon gegen eine überaus geringe Jodzufuhr sehr empfindlich. Sogar das sogenannte "Vollsalz", das auf ein Kilogramm Salz nur etwa 4 Tausendstel Gramm Jod enthält und einem Menschen, der täglich 15 Gramm Vollsalz zu sich nimmt, im ganzen Jahr nur etwa 6 Tropfen Jod zuführt, ruft zuweilen bedenkliche Krankheitserscheinungen hervor. Man überlasse die Jodkur also der Verordnung des Arztes! Der unschädliche Weg, dem Körper Jod einzuverleiben, führt über das Fleisch von Tieren, die mit der Nahrung Jod aufgenommen haben. Um dies zu erreichen, stellt man neuerdings ein für das Futter bestimmtes, schwach jodhaltiges Viehsalz her.

S.J-y.

Tod des Fliegergreises. Mitten während der Arbeit ist der Flugzeugkonstrukteur Gustav Lilienthal, ein Bruder Otto Lilienthals, in der Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof einem Herzschlag erlegen. Seine unermüdliche Forschungsarbeit ist aufs engste mit der Geschichte des deutschen Flugwesens verknüpft. Hat er doch mit seinem Bruder Otto zusammen auf Grund seiner Beobachtungsergebnisse beim Studium des Vogelflugs das erste deutsche Flugzeug konstruiert! Aber die Brüder befassten sich auch mit anderen technischen Problemen; u.a. erfanden sie auch den Anker-Steinbaukasten.

Seit dem Jahre 1925 arbeitete Gustav Lilienthal an der Herstellung eines mit einem ganz schwachen Motor anzutreibenden Flugapparates von 15 Meter Spannweite, dessen Konstruktion sich aufs allerengste an die Körperform des Vogels anlehnt. In einem abgelegenen Schuppen des Flughafens Berlin-Tempelhof hat man den Besuchern oft genug das merkwürdige Gebilde gezeigt; die Fachleute lächelten... Gustav Lilienthal wurde abgerufen, bevor er sie widerlegen konnte. Er hat ein Alter von 85 Jahren erreicht.

Die Grippe. In den meisten Städten des Reiches ist die Grippewelle erheblich im Abflauen begriffen, während in Berlin die Krankenziffer noch stark ansteigt. Am Montag meldete die Allgemeine Ortskrankenkasse einen Zuwachs von 393 Neuerkrankungen, am Dienstag wurden 572 Zugänge verzeichnet. Am Mittwoch-Morgen wurden 55 weitere Schulklassen geschlossen.

Flieger und Schieber... Das Schnellschöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den früheren Fliegeroffizier und jetzigen Kaufmann P, wegen Verstosses gegen die Devisennotverordnung zu drei Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

"Mindestens zehn!" Der Berliner Redner Hans Waldeck forderte in einem in Wien gehaltenen Vortrag eine internationale Geburtenregelung. Einige der Zuhörer unterbrachen die Darlegungen des Redners durch eigene Vorträge. Nachdem ein Nazi die Parole ausgegeben hatte, dass jede Frau mindestens zehn Kinder gebären müsse, wurde Waldeck vom Podium gezerrt und verprügelt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Kanzlerkameraden "kaufen ein". Am Mittwoch-Mittag drangen zwei SA-Leute in ein Zigarrengeschäft in Berlin-Charlottenburg ein und verlangten, dass ihnen der Inhaber, ein jüdischer Geschäftsmann, eine Schachtel Zigaretten schenke. Als sich der Zigarrenhändler zu diesem Geschäftsabschluss nicht entschliessen konnte, schlugen ihn die Kameraden des Reichskanzlers nieder und misshandelten ihn mit einer Stahlrute. Einer der Täter konnte verhaftet werden.

Der Nazi-Funk. Der bisherige kommissarische Intendant der Berliner Funkstunde, Dr. Duske, hat sein Amt zur Verfügung gestellt und die Geschäfte an den bisherigen Programmleiter Richard Kolb, einen Nationalsozialisten, abgegeben. Wahrscheinlich wird Kolb endgültig zum Berliner Intendanten ernannt werden.

X-Strahlen=Opfer. 18 englische Forscher haben sich bisher auf das Studium des Radiums spezialisiert - Alfred Smith, einer der prominentesten unter ihnen, wurde jetzt das 14. Opfer dieser heldischen Arbeit! Schon im Jahre 1913 machten sich bei Smith die ersten Anzeichen der bei fast allen X-Strahlenforschern auftretenden Dermatitis bemerkbar. 17 mal wurde er operiert. Als er nicht mehr arbeitsfähig war, sprach ihm die Carnegie-Stiftung eine wöchentliche Pension von 35 Schillingen zu...

Der Rodeltod. Auf einer steilen Strasse bei Meiningen raste ein mit fünf Personen besetzter Rodelschlitten gegen einen Kilometerstein. Ein 22jähriger Tischlergeselle aus Dreissigacker wurde getötet, ein zweiter Mitfahrer lebensgefährlich verletzt.

Zerrissen... In der Nähe von Temesvar wurde ein Bauer von einem Rudel Wölfe überfallen und zerfleischt. Zwei andere Männer, die gleichfalls schwer gefährdet waren, hatten noch rechtzeitig auf einen nahen Baum klettern können.

"Austria II" zerstört. Das Segelflugzeug des deutschen Segelfliegers Kronfeld "Austria II" wurde nach Beendigung von Kronfelds zweitem Postsegelflug von Wien nach dem Semmering von einer Sturmbö erfasst, mehrmals hochgehoben, wieder zu Boden geschleudert und fast vollkommen zerstört.

Die Nichte. Das Schöffengericht Königsberg verurteilte die 52 Jahre alte Gräfin Luise von der Trenck, eine Nichte des Herrn Oldenburg-Januschau, entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft zu 6 Monaten Gefängnis. Frau v.d. Trenck hat aus der Wohnung einer Königsberger Freundin ein mit Brillanten besetztes Kollier gestohlen.

Eine kostbare Geige. Eine aus dem Jahre 1725 stammende Stradivarius-Geige erzielte einen Preis von fast 2 300 Pfund Sterling, während eine neun Jahre ältere Stradivari für 800 Pfund wegging.



Lichtscheue Pläne.

Was hat man mit der Teno vor?

SPD. Der Abbau des Reichsarbeitsministeriums soll, so wird in Regierungskreisen versichert, nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit Veränderungen in andern Ministerien erfolgen; die Abteilung für Tarif- und Arbeitsrechtsfragen werde dem Reichskanzler Hitler unterstellt etwa nach Art der Reichskommissariate. Als Leiter dieses Kommissariats soll entweder Herr Dr. Gördeler oder Herr Ausfeld vom Stahlhelm in Betracht kommen.

Wenn ein Stahlhelmann die Tarif- und Arbeitsrechtsabteilung in die Hand bekommen soll - konnte sie dann nicht beim Reichsarbeitsministerium bleiben? An dessen Spitze steht doch ein Stahlhelmann, Herr Seldte! Und wenn man Herrn Gördeler - er hat bereits ein Dementi veröffentlicht - ein zu schaffendes besonderes Tarifamt anvertrauen will, dann ist das genau so, wie wenn man es Herrn Hugenberg direkt geben würde; denn Herr Gördeler kann als Deutschnationaler doch nur als der Untergebener Hugenbergs angesehen werden.

Entscheidend ist, dass die Lohn- und Tarifgestaltung dem Arbeitsministerium genommen wird; denn vom Arbeitsministerium, selbst von einem Arbeitsministerium, das ein Herr Seldte führt, fürchtet die Schwerindustrie noch so etwas wie eine soziale Beeinflussung der Lohn- und Tarifgestaltung. Diese will man vor allem aus der ganzen Atmosphäre des Arbeitsministeriums lösen, weil man befürchtet, ein Mann wie Seldte, der sich ja nur als Arbeitsdienstpflichtminister fühlt, könnte praktisch bei den Lohnkonflikten zu sehr von den Fachleuten der Lohn- und Tarifabteilung abhängig sein. Hat man aber erst einmal ein besonderes Tarifamt unter neuer Führung und losgelöst vom Geist und von der Tradition des "Gewerkschaftsministeriums", dann hat man schon gewonnenes Spiel.

Der Abbruch des Reichsarbeitsministeriums ist nicht rein zufällig die erste Tat der Hitlerregierung. Die Schwerindustrie, d.h. der Geldgeber Hitlers, will vollendete Tatsachen schaffen. Sie weiss, dass mit der Amtsdauer des neuen Kabinetts die Enttäuschung bei den Volksmassen wächst und damit naturgemäß auch der Widerstand gegen die finsternen Pläne des neuen Kurses.

Die Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums gibt auch dem neuen Reichsarbeitsminister - wenn man Herrn Seldte überhaupt noch als solchen bezeichnen darf - erst die richtige Ellbogenfreiheit zur Durchführung der Militarisierung der Arbeit. In der Linie dieser Militarisierung liegen auch die Umstellungen in der Technischen Nothilfe, über die bereits alarmierende Dinge gemeldet werden. So soll nach einer Mitteilung aus christlichen Gewerkschaftskreisen bereits ein fertiger Plan für eine restlose Umorganisation der Teno vorhanden sein; der nicht nur das Tätigkeitsgebiet erweitern, sondern aus der Teno etwas ganz Neues schaffen will. Neben dem technischen Dienst, der dem Einsatz der Nothelfer in lebenswichtigen Betrieben dienen soll, steht wie verlautet, der Hilfssplonierdienst, der zur Durchführung des Einsatzes im Falle höherer Gewalt geschaffen ist; die dritte Abteilung, der Gas- und Luftschutz, soll der Vorbereitung des zivilen Luftschutzes dienen, und als vierte Abteilung fungiert der Freiwillige Arbeitsdienst, in dem sich die Technische Nothilfe ja schon seit

längerer Zeit betätigt. Natürlich geht mit der Umorganisation auch eine neue Uniformierung Hand in Hand: eine offizielle Führerkleidung und entsprechende Abzeichen sollen eingeführt werden.

Mit Recht wirft man bei den christlichen Gewerkschaften die Frage auf, woher denn nun eigentlich die Mittel für die Durchführung solch hochfliegende Pläne genommen werden. Da die Jugendertüchtigung sich zum allergrössten Teil an die Arbeiter- und Angestelltenjugend wende, müsse es eine selbstverständliche staatspolitische Pflicht sein, solche Pläne zunächst einmal mit den Standesorganisationen der Arbeitnehmer zu erörtern. Was man aber von der Technischen Nothilfe höre, gebe zu der Befürchtung Anlass, dass man bewusst die Mitwirkung der Gewerkschaften ausgeschaltet habe, ja dass man sogar bestehende Verbindungen vor der Neuregelung löste.

Was geht hier vor? Werden hier bereits die ersten Ketten nicht nur für die Arbeitsdienstpflicht, sondern für eine allgemeine Militarisierung der Arbeit geschmiedet? Nicht Arbeiter - Arbeitssoldaten: das ist das Sozialprogramm der nationalen Konzentration unter Hitlers Führung.

SPD. Im Anschluss an die Vorkonferenz zur Verkürzung der Arbeitszeit ist am Mittwoch in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zusammengetreten.

Der Rat hat vor allem den Bericht über die Vorkonferenz zu prüfen und die für die Lösung der Frage der Arbeitszeitverkürzung weiter zu unternehmenden Schritte zu beschliessen. Auch das Programm der 18. Internationalen Arbeitskonferenz hat der Verwaltungsrat aufzustellen.

Zur erstmaligen Beratung sind vier Gegenstände zur Auswahl vorgeschlagen: Erweiterung der Liste der gleich Betriebsunfällen zu entschädigenden Berufskrankheiten besonders durch Hinzufügung der Staublungenkrankheit, Abhilfemassnahmen gegen die Folge der Arbeitslosigkeit jugendlicher Personen, Beschäftigung von Frauen bei Untertagearbeit im Bergbau und bezahlter Urlaub der Arbeitnehmer.

Der Verwaltungsrat wird sich ferner mit dem Antrag der deutschen Regierung zu dem Streit über den Geltungsbereich des Verbots der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen zu beschäftigen haben, in dem der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag bereits eine Entscheidung gefällt hat. Sie geht dahin, dass das Nachtarbeitsverbot auch für Frauen gilt, die mit der Aufsicht oder Leitung von Arbeiten beauftragt sind und gewöhnlich keinerlei Handarbeit verrichten.

Der Posten des Vizedirektors des Internationalen Arbeitsamtes ist noch immer unbesetzt. Neuerdings ist die Besetzung des Postens sogar Gegenstand von Pressekampagnen geworden. Als nach dem Tode von Albert Thomas der Direktorposten Herrn Butler anvertraut wurde, erklärten einflussreiche Mitglieder des Verwaltungsrates, dass der nun freiwerdende Posten des Vizedirektors unzweifelhaft einem Kandidaten der Arbeiterschaft zukomme. Es wird allmählich Zeit, dass diese Selbstverständlichkeit auch Wirklichkeit wird.

Der Standpunkt des Internationalen Gewerkschaftsbundes lautet kurz und bündig: Es ist die Arbeiterschaft als internationale Bewegung und nicht diese oder jene Regierung, die in diesem Falle in erster und letzter Linie legitime Ansprüche anzumelden hat. Das Internationale Arbeitsamt ist, wie schon sein Name sagt, für die Arbeiterschaft geschaffen worden, und es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, dass die Arbeiterschaft in den leitenden exekutiven Instanzen des IAA durch eine international bekannte und durch ihre Wirksamkeit sowie ihre gewerkschaftliche Vergangenheit berufene Persönlichkeit vertreten ist.

SPD. In Flensburg machten die Kommunisten den Versuch, die Verwaltung des Metallarbeiter=Verbandes zu erobern. Sie hatten zu diesem Zweck sämtlichen Ortsgruppen einen besonderen Wahlvorschlag unterbreitet. Bei der jetzt stattgefundenen Wahl sind ganze 33 Mitglieder für den kommunistischen Wahlvorschlag eingetreten.

Sowohl der Geschäftsführer als auch der Gesamtvorstand erhielten von der Generalversammlung ein fast einstimmiges Vertrauensvotum.

SPD. "Um die Arbeitskräfte in der Industrie und im Verkehrswesen besser auszunutzen und den Mangel an gelernten Arbeitern durch die Wiederbeschäftigung vor verletzten Personen, soweit es ihre Arbeitsfähigkeit erlaubt, zu beheben, hat der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion am 8.5.1932 eine Verordnung erlassen, um die ärztliche Untersuchung der Arbeiter neu zu ordnen." So zu lesen in der "Internationalen Rundschau der Arbeit", die sich auf die "Iswestia" und "Koprozy Strakhovnia" stützt.

Die Meldung liest sich harmlos, denn auch in anderen Ländern werden unfallverletzte Arbeiter darauf untersucht, ob die Folgen des Unfalls noch in alter Stärke wirken oder ob "Gewöhnung" eingetreten ist. Wir haben an den Ergebnissen dieser Nachuntersuchungen oftmals Kritik üben müssen, das hindert aber nicht, auch den Behörden der Sowjetunion das Recht der Nachuntersuchung zu geben. Was jedoch dieser russischen Absicht ein besonderes Gesicht gibt, ist der Umstand, dass es sich um eine "Neuordnung" der Nachuntersuchung handelt. Es wird nämlich die Nachuntersuchung vom Kommissariat für das öffentliche Gesundheitswesen auf das Arbeitskommissariat übertragen: "Diese Veränderung ist darauf zurückzuführen, dass das Kommissariat für Gesundheitswesen" im Rahmen seiner Aufgaben blieb und "nicht genügend die Interessen der Produktion berücksichtigt hat". Die Aertzteausschüsse sollen in Zukunft das Hauptgewicht darauf legen, dass die Arbeiter mit verminderter Arbeitsfähigkeit wieder beschäftigt werden können.

Nachdem so die Richtschnur festgelegt ist, macht es wenig aus, dass der örtliche Gewerkschaftsrat den Vorsitzenden der Kommission ernennt. Die Versicherungsklasse stellt zwei Aerzte und ein weiteres Mitglied, die Betriebsleitung einen Vertreter, ebenso je einen der technische Aufsichtsdienst und der Ingenieur- und Technikerverband. Nur der Verletzte hat keinen Beistand. Der Widerstand gegen die Wiedereinreihung eines Halbtoten könnte vielleicht von dem Techniker kommen, vorausgesetzt, dass er nicht eine Anklage wegen Sabotage fürchtet. Noch schlimmer fürfte es den Verletzten in Grossbetrieben gehen. Dort stellt der Betriebsrat den Kommissionsvorsitzenden, und was dabei für den Verletzten herauskommen kann, zeigen die Klagen der russischen Gewerkschaften im "Trud" über das Versagen der Betriebsräte. Die Dauer der Kommissionssitzungen ist auf 4 Stunden festgelegt, in denen bis zu 20 Verletzte auf ihre Arbeitsfähigkeit geprüft werden dürfen.

Die Neuordnung mag einem wirtschaftlichen Bedürfnis Russlands entsprechen, gegen ihre Nachahmung in Deutschland würden sich die Arbeiter mit Händen und Füßen sträuben. Mit Recht!

Notruf der Zementindustrie.

Forderung nach Zwangskontingentierung - Reif für die Verstaatlichung.

SPD. Es war voraus zu sehen, dass die beispiellose Monopolwirtschaft, die sich die deutsche Zementindustrie in den guten Konjunkturjahren leistete, früher oder später zum Zusammenbruch führen musste. Die Dinge sind heute so weit. Der Zusammenbruch scheint am schlimmsten in der westdeutschen Zementindustrie zu sein, die es allerdings auch am tollsten getrieben hat. Tag für Tag sendet man aus Westdeutschland an die Regierung SOS=Rufe und verlangt Regierungshilfe. Die Forderungen der westdeutschen Industrie laufen dahin, die Produktion für jedes einzelne Werk zu kontingentieren, d.h. der vorhandene Auftragsbestand soll gleichmässig auf alle vorhandenen Fabriken verteilt und von diesen aufgearbeitet werden. Ausserdem wird ein Neubauverbot gefordert. Die übrige Zementindustrie scheint mit den Forderungen der westdeutschen Zementindustrie nicht ganz einverstanden zu sein. Der Reichswirtschaftsrat hat sich am Mittwoch zum ersten Mal mit diesen Fragen beschäftigt.

In der Zementindustrie rächt sich eine unkontrollierte Monopolwirtschaft. Diese Monopolwirtschaft verführte zu einer schlimmen Preisüberhöhung und zur Verteuerung der Investitionen, der Anlagen. Heute steht das alles einer Wiedererstarkung der Kaufkraft und einer Wiederbelebung der Investitionstätigkeit entgegen. Im übrigen war mit dieser Politik die tollste Kapitalverschwendung verbunden. Konzerne kämpften gegen Konzerne. Dabei wurden Millionen verpulvert. Verständigten sich die Konzerne in den sogenannten Verbänden (Syndikaten) und trieben sie ihre Preise in die Höhe, dann entstanden Aussenseiter, die an diesen hohen Preisen profitierten. Jetzt mussten die Grosskonzerne Kämpfe gegen die Aussenseiter führen, die abermals Millionen erforderten. So wurde diese Monopolwirtschaft zu einer wahren Loderwirtschaft.

Im Rahmen dieser Monopolwirtschaft ist die technische Leistungsfähigkeit der Zementindustrie auf 14 bis 15 Millionen Tonnen pro Jahr herauf geschraubt worden. Der Höchstumsatz an Zement, im Jahre 1928, betrug allerdings nur 7,4 Millionen Tonnen; im Jahre 1932 ging der Absatz auf 2,7 Millionen Tonnen zurück. Die Zementindustrie rechnet aber immer noch mit einer Belebung der Baukonjunktur, wie wir sie in den Hochkonjunkturjahren hatten. Selbst wenn dieser Fall einträte, liegt in der deutschen Zementindustrie eine fast 100%ige Überkapazität und Übersetzung vor. Das ist die Folge der überhöhten Preise. Nach fachmännischem Urteil ist der überteuerte Zementpreis daran schuld, dass sich in der deutschen Zementindustrie binnen weniger Jahre Fehlinvestitionen im Umfange von 300 Millionen Mark aufgehäuft haben.

Besonders grössenahnsinnig war die Expansions- und Neubaupolitik in Westdeutschland. Die grossen westdeutschen Konzerne, vor allem der Dyckerhoff-Wickingkonzern, konnten nicht genug bauen, ohne Anleihen und mit Anleihen, mit langfristigen und meistens mit kurzfristigen Krediten. (Nebenbei bemerkt gehören die Mitglieder der Familie Dyckerhoff auch zu den Finanziers der Nazis). Beim Dyckerhoff-Wickingkonzern endete die Geschichte damit, dass man den Konzern in Grund und Boden wirtschaftete; allein in den letzten beiden Jahren mussten 23 Millionen Mark Verluste ausgewiesen werden. Das angesichts eines heute noch

immer überteuerten Zementpreises (der westdeutsche offizielle Verbandspreis liegt immer noch bei 250 Mark je Tonne), der selbstverständlich Aussenseitergründungen anregen und geradezu erzwingen musste. So sind geradezu groteske Verhältnisse entstanden. Die Aussenseiterwerke, die billiger liefern, sind natürlich besser beschäftigt als die Syndikatswerke. Im westdeutschen Verbandsgebiet hat sich die Produktion von 4 kleineren Aussenseiterwerken - in Erwit und Beckum - innerhalb des letzten Jahres trotz der schwersten Baumarktkrise fast verdreifachen können, während die Syndikatswerke infolge ihrer hohen Verbandspreise an Produktion und Absatz verloren. Die Syndikatswerke sollen nur noch mit 10 % Kapazität ausgenutzt sein, die Aussenseiterwerke dagegen mit 80 %. So lässt sich die Forderung der westdeutschen Zementindustrie nach einer Zwangskontingentierung und nach einem Bauverbot verstehen. Selbstverständlich werden diese Forderungen auch mit dem bekannten sozialen Mäntelchen versehen, dass man die Zwangskontingentierung nur der Arbeiter wegen wolle.

Der Reichswirtschaftsrat wird nicht allein über die Forderungen der westdeutschen Zementindustrie entscheiden können. Man muss den Dingen jetzt endlich einmal auf den Grund gehen. Bei einer grundsätzlichen Regelung der Dinge in der Zementindustrie lässt sich auch ein Staatseingriff verantworten, um den völligen Zusammenbruch der Zementkonzerne zu verhindern. Voraussetzung dafür ist aber, dass das grösste Uebel, die Monopol- und Monopolpreispolitik, beseitigt wird. Man wird sich der Notwendigkeit nicht verschliessen können, die Zementwirtschaft unter eine volkswirtschaftlich umfassende Preis-, Produktions- und Investitionskontrolle zu stellen. Die Zementwirtschaft, die wichtigste Baustoffindustrie, ist nach dem Bankrott ihrer Monopolpolitik für die Verstaatlichung reif.

SPD. Die deutschen Baumwollwebereien weisen in einem Rückblick auf das Jahr 1932 darauf hin, dass die Produktion vor allem unter der fortschreitenden Kaufkraftschrumpfung und unter dem Zusammenbruch der Textilausfuhr gelitten habe. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1929 = 200 000 Doppelzentner, im Jahre 1931 = 139 000 Doppelzentner und im Jahre 1932 nur 80 400 Doppelzentner gegenüber 189 000 im Jahre 1924. Die Normalbeschäftigung, der eine 54-stündige Arbeitswoche zu Grunde liegt, machte im Januar 1932 = 67,4 aus, sie sank bis zum Sommer 1932 auf 60,9, erholte sich dann, wahrscheinlich in erster Linie infolge der Hausse am Baumwollmarkt, im November 1932 bis 79,2 und fiel im Dezember 1932 auf 74,7 ab. Abschliessend wird im Bericht des Gesamtverbandes Deutscher Baumwollwebereien gesagt, dass die Schäden der Uneinheitlichkeiten in der deutschen Innenpolitik auf der Hand lägen. Sie habe die Methode des "von der Hand in den Mund"-Lebens bei der Abnehmerschaft erst zum System gemacht. Die Wirtschaft brauche wieder Vertrauen. Die Politik müsse aus rein wirtschaftlichen Dingen zurückgedrängt werden.

Die gegenwärtigen Regierungsmethoden dürften nicht recht zu den Forderungen der deutschen Baumwollwebereien passen.

SPD. Die Volksfürsorge, gewerkschaft-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, zahlte für 773 Sterbefälle im Monat Dezember 1932 rund 249 000 Mark aus. In der Lebensabteilung kamen 10 Regulierungen mit insgesamt 17 800 Mark zur Durchführung. Im Jahresdurchschnitt ist bei der Volksfürsorge mit täglich 30 Sterbefällen zu rechnen.

SPD. Auf der am Mittwoch in Berlin stattgefundenen Tagung des Deutschen Vereins für Wohnungsreform sprach der Direktor vom Statistischen Reichsamt Dr. Burgdörffer über die Frage: Dürfen wir noch bauen?

Burgdörffers Untersuchungen über Bevölkerungsdynamik und Wohnungsbedarf brachte den schlüssigen Beweis, dass in Deutschland in den nächsten drei Jahrzehnten mit einem Zuwachs von 3 bis $3\frac{1}{2}$ Millionen Haushaltungen gerechnet werden müsse. Die Kopfzahl der Reichsbevölkerung werde bereits um das Jahr 1945 mit etwa 67 bis 68 Millionen ihren Höhepunkt erreichen und alsdann zurückgehen. Trotzdem werde, infolge des Aufrückens stark besetzter Vorkriegsjahrgänge in das heiratsfähige Alter usw. und der verlängerten Lebensdauer, der Bestand an Ehen und Haushaltungen noch weiter zunehmen und erst um das Jahr 1960 seinen Höhepunkt erreichen. Das bedeute, dass für diesen Zuwachs eine etwa ebenso grosse Zahl von Wohnungen erforderlich wird.

In seinen Berechnungen kommt Burgdörffer für die nächsten drei Jahrzehnte zu einem Bedarf von $3\frac{1}{2}$ bis 4 Millionen Wohnungen über den gegenwärtigen Stand hinaus. Die unvermeidliche Niederlegung der alten Stadtviertel wird z. B. die Errichtung von 3 bis 4 Millionen Wohnungen notwendig machen.

Wir müssen in den nächsten Jahren unbedingt bauen, wenn nicht der drohende Volksschwund sich noch weiter verschärfen soll! Zu diesem Schluss kam Burgdörffer in seinen äusserst interessanten Ausführungen.

SPD. In einem vom Rechnungshof vorgelegten Bericht über die Geschäftspolitik des Branntweinmonopols wird darauf verwiesen, dass die überaus hohen kostspieligen Bestände von 1,99 Millionen Hektoliter Branntwein Ende September 1931 auf 1,6 Millionen Hektoliter Ende September 1932 zurückgegangen sind. Man hofft die Bestände bis Herbst dieses Jahres auf rund eine Million Hektoliter zu drücken. Der Rechnungshof schätzt auf eine Absatzsteigerung im laufenden Jahr von 1,6 Millionen Hektoliter auf 1,8 Millionen Hektoliter.

Die vom Rechnungshof ausgewiesenen Besserungen sind leider keine wirklichen Besserungen. Sie sind durch eine Steigerung der Beimischungsquote von Branntwein zu Benzin von $3\frac{1}{2}$ bzw. 6 auf 10 Prozent erreicht worden. Um das Branntweinmonopol zu entlasten - was, wie wir noch sehen werden, nicht geglückt ist - hat man die Kraftverkehrswirtschaft unheimlich belastet und wenn man mit einer Senkung der Branntweinbestände auf eine Million Hektoliter für Ende September 1933 rechnet, dann muss man dabei die Möglichkeit voraussetzen, dass die deutsche Kraftverkehrswirtschaft auch in den kommenden Monaten die ihr zugemuteten Mengen aufnehmen und die geforderten Subventionen leisten kann. Das ist aber mehr als fraglich. Bereits jetzt liegt ein grosser Teil der Autos und der Krafträder still. Es ist ein Unding, dass man den Landwirten für ihren Kartoffelspiritus hohe Subventionspreise zahlt, die der Kraftverkehr dann aufbringen soll. Früher oder später muss diese Politik Schiffbruch erleiden.

Die Dinge liegen heute schon so, dass das Branntweinmonopol, nach dem Bericht des Rechnungshofes, dabei seine Reserven völlig verloren hat. Es ist die allerhöchste Zeit, dass man an eine Reform des Branntweinmonopols geht, bei der die Spritsubventionen, die auf dem Autoverkehr lasten, für immer verschwinden.

Doppelte Preise.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Februar)

SPD. Bei kleinem und ruhigem Geschäft glitten auch am Mittwoch die Preise weiter von den Stand herunter, den sie am Montag während der Hitler-Häusse erreichen konnten. Die Notierungen für Promptware, Roggen und Weizen, blieben unverändert. Allerdings kamen Mühlen und Handel vor der Börse um 1 bis 2 Mark billiger an das Material. Die Weizenmehlnotierung wurde um eine Kleinigkeit herabgesetzt. Am Lieferungsmarkt verloren besonders die Weizennotierungen.

	<u>31. Jan.</u>	<u>1. Febr.</u>
	(ab märkische Station	in Mark)
Weizen	185 - 186	184 - 186
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	112 - 115	112 - 115
Weizenmehl	22,75 - 25,75	22,50 - 25,75
Roggenmehl	19,70 - 21,75	19,70 - 21,75
Weizenkleie	8,10 - 9,50	8,10 - 8,50
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen per März 201 - 202½ (Vor-		
tag 202), Mai 202½ - 204 (203½), Roggen März 163½ - 164 (164), Mai 165 - 166		
(165½), Hafer März - bis 123½ (124), Mai 126 - 126½).		

----- Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision.) Weisskohl 50 kg 3 - 4, Wirsingkohl 5,50 - 8,50, 5,50 - 6,50, Rotkohl Ia 4 - 5, do. IIa 2,5 - 3, Rosenkohl 20 - 22, do. holländ. 18-20, Grünkohl 2,50 - 15, Mohrrüben gewaschen 3,50 - 4,50, Rübchen 4-6, do. echte 15-18, Kohlrüben 2-3, Rote Rüben 3-4, Schwarzwurzeln 22-25, Rettiche Schock 4 - 5, Meerrettich 50 kg 20-25, Sellerie Ia 8 - 10, do. IIa 5-7, Porree Schock 1 - 1,50, Petersilie grün 100 Bd. 2,50 - 10, do. m. Wurzeln 50 kg 4 - 8, Salat franz. 100 Kopf 32-35, do. Endivien span. Schock 20-22, do. franz. 28-30, do. Rapunzel 50 kg 100, Spinat Blatt 20-25, Tomaten kanar. Kiste 4-4,50, Zwiebeln sortiert grosse 5 - 5,50, do. unsortiert 5,50 - 6.

SPD. Die Insolvenzwelle ist im ersten Monat des neuen Jahres wieder angestiegen, während im Jahre 1932 ein ständiges Absinken der Konkurszahl zu verzeichnen war.

Das Reichsstatistische Amt stellt für den Monat Januar 1933 die Zahl der Konkurse mit 539 fest. Sie betrug im Monat vorher nur 521. Die Zahl der Vergleichsverfahren hat sich dagegen verringert und zwar sank sie von 280 im Monat Dezember 1932 auf 194 im Januar 1933.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin den 1. Februar 1933.

Leiden des jungen Werther.^x

Von M. Sostschenko.

SPD. Ich fahre auf meinem Rade durch die Strassen. Es ist ein recht gutes Rad. Englisch Fabrikat. Ganz moderne Konstruktion. Die Reifen sind zwar nicht einheitlich - der eine ist englisches, der andre deutsches Fabrikat. Und die Lenkstamme stammt aus der Ukraine. Trotzdem lässt sich's - bei trockenem Wetter - ganz gut damit fahren. Und so sitze ich auf meinem Rade und lenke es. Ich fahre den Kamenostrowski-Prospekt entlang, über den Boulevard und biege in eine Seitenallee ein. Ich fahre mit gemächlicher Seelenruhe. Die Vöglein zwitschern. Eine Krähe pickt den Strassenkot. Vor einem Tore bellt ein Hündchen. Ich nehme die herbstliche Landschaft in mich auf, und plötzlich wird mir's so weich ums Herz. Ich möchte mich aller trüben Gedanken erwehren. Das Bild eines schöneren Lebens steigt vor mir auf: Gleichheit und Brüderlichkeit, gegenseitige Achtung, gemilderte Sitten, Nächstenliebe. Ich möchte meine Arme weit ausbreiten, um die Menschen zu umfassen, möchte ihnen ein gutes Wort sagen, sie in eine Volksküche mitnehmen und sie samt und sonders satt machen. Ich hätte Geld unter sie verteilen mögen, als Entschädigung für alles Missgeschick, für alles Schwere, das sie bisher zu ertragen hatten. Von fern her ertönt ein Pfiff. Da hat wohl jemand eine Uebertretung begangen, hat nicht ordnungsgemäss den Strassendammschranke überschritten. In Zukunft wird's auch das nicht mehr geben. Diese markerschütternden Pfiffe, die heute ganz Russland durchschrillen, werden dann ein Ende nehmen. Noch einmal lässt sich nun ganz nahe bei mir der aufregende Pfiff vernehmen. Dazu Geschrei und rohes Geschimpfe. Solches Geschrei wird es dann auch nicht mehr geben, zum mindesten nicht dieses entwürdigende Geschimpfe und diese Roheit. Ich höre jemanden hinter mir herlaufen, mit heiserer Stimme schreien: "Was nimmst Du Reiss aus, Du Hundesohn! Lass Dich.... Sofort machst Du Halt!" Wem die wohl nachjagen mögen, frage ich mich, indem ich langsam, aber wohlgenut meinen Weg fortsetze.

"Ljoschka, Du Lump", ruft da eine Stimme, "lauf mal links vor! Lass den da nicht aus dem Auge!"

Ich sehe einen Burschen links neben mir herlaufen. Er schwingt einen Stock und droht mit der Faust. Ich wende mich zurück. Ein halb ergrauter Mann von würdigem Aussehen läuft inmitten des Weges und brüllt aus voller Kraft: "Packt ihn, Brüderchen, packt ihn! Ljoschka, verlier' ihn nicht aus den Augen!" Ljoschka zielt nach mir - sein Knüttel trifft das Rad. Nun begreife ich, dass es mir gilt. Ich springe ab und stehe wartend da. Der Wärter kommt heran. Seine Brust röchelt. Keuchend entwindet sich ihr der Atem. "Packt ihn, ihr da", schreit er. Bereitwillig stürzen sich an die zehne Mann auf mich, drehen mir fast die Arme aus und kreuzen sie hinter meinem Rücken.

"Seid Ihr von Sinnen, Brüderchen!"

Der Wärter entgegnet mir: "Ich schlage Dir noch die Zähne ein. Du sollst spüren, was das heisst, einen Beamten während der Ausübung seiner Amtspflicht zu beleidigen. Lass ihn nicht los, den Hund!"

Ein ganzer Haufe hat sich um uns versammelt. "Was hat er denn verbroschen", fragt einer.

"Er hat mich fast zu Tode gehetzt, mich mit meinen 53 Jahren. Dieser Weg

ist für Radfahrer untersagt. Es steht ja auch ein Schild da. Und dieser Satan wagt es, trotzdem hier zu radeln. Dem willich es eintränken. Gut, dass mein Gehilfe darauf kam, ihm eins mit dem Stock zu versetzen."

Ljoschka durchbricht die Menge, krallt sich mir in die Hand. "Ich hab' nach seiner Hand gezielt. Ich wollte sie ihm zerschmettern, damit er nicht weiterfahren könnte."

"Brüderchen", sage ich, "ich hatte ja keine Ahnung, dass der Weg hier verboten ist. Dachte auch nicht daran, auszukneifen."

"Was, Du dachtest nicht daran, auszukneifen", brüllt der Wärter ausser Atem. "So eine freche Lüge! Zur Polizei mit ihm!"

"Hört doch auf, ihm das Handgelenk auszudrehen", sagt einer.

"Brüderchen", sage ich, "ich will gern Strafe zahlen. Hört nur auf, mir das Handgelenk auszudrehen!"

"Mag er seine Papiere vorweisen", sagt ein anderer, "und die Strafe bezahlen! Was soll er auf der Polizei?"

Unter dem Drucke des übrigen Publikums müssen der Wärter und seine hilfsbereiten Genossen sich mit der Strafzahlung zufrieden geben.

Schwankend gehe ich neben meinem Rade her. In meinem Kopfe summt und schwirrt es. Punkte und Kreise tanzen vor meinen Augen. Meine aus der Angel gehobene Seele ergeht sich in wirren Phantasieen. "Mein Gott", entringt sich mir ein altgewohnter Ausruf. Ich massiere meine Hand und sende ein entrüstetes "Pfui" in die Ferne. Am Kai steige ich wieder aufs Rad. "Lass gut sein", sage ich zu mir selbst, "was bist du schliesslich für ein grosser Herr, dass sie gerade dich mit Handausdrehen verschonen sollten!" Langsam fahre ich den Kai entlang. Ich vergesse allmählich den groben Zwischenfall. Wieder erstehen vor mir die tröstlich verheissungsvollen Bilder einer nahen Zukunft. Ich stelle mir vor: ich fahre auf einem Rade mit gleichwertigen Rädern, biege in die fatale Allee ein, höre Lachen und sehe den Wärter des Weges daherkommen, einen weichen Filzhut auf dem Kopfe, in der Hand eine Blume. Es ist ein Vergissmeinnicht oder eine Tulpe. Er dreht das Blümlein in seiner Hand und sagt: "Du hast Dich wohl verirrt, Freundchen! Mach nur kehrt, mein Lieber; sonst muss ich Dich bestrafen - Du bekommst eben kein Blümchen." Leise lächelnd reicht er mir ein Vergissmeinnicht. Und nachdem wir uns aneinander erbaut haben, trennen wir uns.

Diese zarte Illusion mildert meinen Kummer. Munter fahre ich weiter. Ich trete das Rad und sage zu mir: "Tut nichts; meine Seele geht nicht daran zugrunde. Ich bin noch jung genug. Ich kann geduldig warten."

Eine Uniform braucht er ... X

SPD. Die Bauern im Gemeinderat von Hohenlimbach waren stolz auf ihren neuen Gemeindepolizisten. Die Schwarzenhainer hatten ein Kriegerdenkmal, und die in Tränau hatten ein neues Spritzenhaus, aber sie, die Hohenlimbacher, hatten einen eigenen Schutzmann. Noch dazu einen schmucken und tüchtigen. Als im vergangenen Herbst die Kartoffeln vom Felde weggestohlen wurden, hatte der obere Lorenzbauer im Gemeinderat auf den Tisch geschlagen und gesagt: "Wir brauchen einen Polizisten!" Nach langem Hin und Her war dann auch beschlossen worden, einen anzustellen. Er sollte freie Wohnung, freies Holz aus dem Gemeindegewald und monatlich fünfundsiebzig Mark Lohn bekommen. Der obere Lorenzbauer hatte auch gleich einen passenden Mann für den neuen Posten gewusst, den Paul Raabe. Der untere Lorenzbauer hatte, als der obere mit dem Namen seines Kandidaten herausrückte, vernehmlich gebrummt: "Damit du einen Fresser weniger hast!" Denn der Raabe war ein Zugezogener, ein entfernter Verwandter des Lorenzbauern, der auf dem Hofe mithalf, aber durchaus entbehrlich war,

weil der obere Lorenzhof arm an Boden war und kaum die grosse Familie des Bauern ernährte.

So war der Raabe Gemeindepolizist geworden. Er fuhr sofort in die Stadt und kam mit einem schönen Uniformrock und einer Mütze wieder. Nach und nach stattete er sich noch mehr aus; er kaufte sich schwarze hochschäftige Reiterstiefel und einen Schulterriemen, den er über dem Rock trug und am Koppel befestigt hatte. Dann verschaffte er sich eine Kokarde an die Mütze, und an den Ecken seines hohen Kragens trug er silberne Litzen und drei Sterne. Als er sich auf den linken Ärmel einen silbernen Winkel nähen liess und sich eines Sonntags in neuen Reithosen und in vollem Uniformschmuck im Dorfe zeigte, sagte der alte Seidel: "Wie ein lackierter Aff", unser Polizist!" Aber der Sohn vom reichen Steinmann, der mit andern Bauernsöhnen der umliegenden Dörfer bei der SA war und sogar bei einem "Reitersturm" diente, sah neidisch auf den prächtig mit Litzen und Sternen geschmückten Gemeindevachtmann Paul Raabe.

Die Bauern hatten nichts dagegen, dass sich ihr neuer Polizist herausstaffierte; und der alte Seidel zählte nicht; er war sowieso ein Sozi, ein Roter, der von den Bauern, die fast alle den Hitler gewählt hatten, scheel angesehen wurde. Und die Schwarzenhainer und die Tränauer, die sich immer aufspielten wegen ihres Spritzenhauses, waren neidisch und gifteten sich, und das war die Hauptsache.

Der neue Gemeindepolizist machte sich bald sehr beliebt; er verstand mit der Feder umzugehen und schrieb den Bauern die Gesuche an die Steuerbehörden. Auch dem Gemeindevorsteher ging er bei schriftlichen Arbeiten zur Hand und machte sich bald unentbehrlich. Er bekam denn auch, als die Behörde in der Stadt es erlaubte, einen Gummiknüppel und einen Dienstrevolver. Seit dem Tage, an dem er zum ersten Male diese Dinge trug, legte er noch mehr Schneid an den Tag und tat noch wichtiger als vorher. Die Bauern freute das. Immer forsch durchgreifen! Zucht muss herrschen, und Ordnung muss sein, zumal da immer mehr Arbeitslose aus der Stadt nach Hohenlimbach kamen, um zu betteln. Da gehörte ein forschender Polizist her. Die Diebstähle hörten auch tatsächlich auf. Aber in Schwarzenhain und in Tränau wurde desto mehr geklaut. Die Bauern von Hohenlimbach nickten zufrieden, wenn sie beim Bier im "Goldenen Engel" sassen. Ja, ihr Polizist, vor dem hatten die Lumpen Angst. Keiner traute sich mehr nach Hohenlimbach, um zu stehlen.

Eines Nachts hatte er einen Dieb verjagt und ihn sogar bis nach Schwarzenhain verfolgt. Und richtig war in Schwarzenhain in derselben Nacht bei einem Bauern eingebrochen worden, und zwei Schinken und eine neue Pferdedecke waren gestohlen worden. Der Gemeindepolizist Raabe schrieb einen ausführlichen Bericht und verlangte zum Schluss auf Gemeindegeld ein Fahrrad, denn er hätte doch ohne Zweifel den Dieb erwischt, wenn er ihn mit einem Rade hätte verfolgen können. Sein Ansehen stieg nach dem Vorfall sehr, und er bekam auf Kosten der Gemeinde ein Fahrrad.

Der Gemeindepolizist von Hohenlimbach fuhr nun auf seinem Dienstrade umher und verjagte alle Diebe, die dafür in die Nachbardörfer klauen gingen. Bald berieten die Schwarzenhainer kleinlaut darüber, ob sie nicht auch einen Wachtmann anstellen sollten. Und die Hohenlimbacher gingen jetzt öfters in die Wirtshäuser von Tränau und Schwarzenhain, um sich damit aufzuspielen, dass in Hohenlimbach Ordnung herrsche, während in den Nachbardörfern oft eingebrochen werde. Bei einem Besuch der Hohenlimbacher Jungbauern im Gasthof zu Schwarzenhain kamen diese mit den Schwarzenhainern in Streit, und die Hohenlimbacher wurden verdroschen.

Bald danach klingelte eines Nachts im Gasthofe von Hohenlimbach das Telefon, und eine höhnische Stimme forderte den verschlafenen Wirt auf, die Hohenlimbacher sollten schnell nach Schwarzenhain kommen, wenn sie ihren Polizisten noch einmal sehen wollten; in einer Stunde käme das Polizeiauto aus der Stadt, und da würde der Herr Polizist ins Kreisgefängnis eingeliefert. Es war der Schwarzenhainer Gemeindevorsteher, der telefonierte. Der Wirt konnte vor

Schreck kaum fragen, warum denn der Raabe mit dem Polizeiauto fortgeschafft werden solle. "Ja" - klang es ihm ins Ohr - "euer Polizist war so tüchtig, dass er selber geklaut hat. Der alte Wenzel hat ihn erwischt, wie er gerade in die Futterkammer einsteigen wollte. Sie haben euern Schutzmann hübsch zugerichtet. Also" - hörte der Wirt zum Schluss - "da müsst ihr heute Nacht auf euer Nest selber aufpassen!" Die Schwarzenhainer hatten aber garnicht in die Stadt zur Polizei telefoniert; vielmehr wollten sie ihren Gefangenen im Triumph selber in die Stadt einbringen, und zwar wollten sie durch Hohenlimbach fahren.

Am nächsten Morgen erlebten die Hohenlimbacher die Schande, zu sehen, wie ihr schmucker Polizist als Dieb durchs Dorf gefahren wurde. Ein Leiterwagen fuhr die Strasse herein; fünf Bauern und der Gemeindevorsteher aus Schwarzenhain standen darauf, und der Gemeindepolizist von Hohenlimbach sass gefesselt auf einer Kiste, in voller Uniform, mit Litzen, Sternen und silbernem Winkel, die Mütze akkurat auf dem Kopfe, und mit einem dick verschwellenen Auge. Hinterher fuhren auf Rädern zwei Landjäger. Niemand liess sich in Hohenlimbach auf der Strasse blicken, aber durch die geschlossenen Fenster und hinter Scheunen und Ecken hervor sahen die Hohenlimbacher den Leiterwagen, auf dem ihr stolzer Polizist in die Stadt gefahren wurde.

In Raabes Kammer fand man ein ganzes Lager von Würsten und Speckseiten und auch bares Geld. Auch die beiden Schinken und die neue Pferddecke waren dabei, die dem Bauern in Schwarzenhain gestohlen worden waren, als der tüchtige Polizist einen Dieb bis nach Schwarzenhain verfolgt hatte.

Als Raabe in der Stadt vernommen wurde, gestand er, viele Einbrüche in den Dörfern um Hohenlimbach ausgeführt zu haben. Erst sei er eingebrochen, um zu beweisen, dass in den andern Dörfern geklaut werde und in Hohenlimbach nicht, weil er da Polizist sei. Dann habe er Geld für seine Uniform und seine Ausstattung gebraucht. "Muss doch sitzen, so eine Uniform," verteidigte er sich, "habe ich mir alles nach Mass machen lassen, auch die Stiefel. Das hat natürlich eine Masse Geld gekostet. Wenn ich mir noch einen zackigen Mantel geschafft hätte, dann hätte ich nichts mehr geklaut. Eine Uniform brauch' ich doch als Polizist. Das ist doch klar!"

Karl Stülper.

Kischineff.^x

Von unserm Balkankorrespondenten.

SPD. Wie unter den Menschen gibt es auch unter den Städten "Emporkömmlinge" und "Verarmte". Kischineff, die Metropole Bessarabiens, gehört zu den verarmten Städten. Durchwandert man ihre breiten, endlos langen Strassen, dann trifft man allenthalben die äusseren Wahrzeichen ehemaliger Wohlhabenheit und besserer Zeiten, denen aber heute Armseligkeit und vorgeschrittener Verfall anhaften. Die Fülle der meistens in russo-byzantinischem Stil gehaltenen Prachtbauten der öffentlichen Verwaltungen und der Kirchen, die hübschen Geschäfts- und Wohnhäuser, die schönen und breit angelegten Alleen und Parks, die wie freundliche Dörfer anmutenden Vorstädte: alles trägt den deutlichen Stempel der Not und des Rückganges. Es fehlt die pflegende Hand, weil die Bevölkerung verarmt und die Stadtkasse leer ist. Kischineff ist arm wie eine Kirchenmaus. Auf Schritt und Tritt fühlt man den zentnerschweren wirtschaftlichen und politischen Druck, der auf dieser Hauptstadt eines schwerkgeprüften Grenz- und Durchgangslandes lastet.

Das Antlitz Kischineffs, das ich doch zum erstenmale schaue, kommt mir merkwürdig bekannt vor. Wo habe ich eigentlich solch einen eigenartigen Bahnhof; solche breiten und langen Strassen mit ihren hübschen Zieranlagen, solche

Architektur, solche grünen und vergoldeten Kirchenkuppeln und diesen Menschentypus schon gesehen? - Richtig! Es war während des Krieges in Riga, in Wilna, in Baranowitschi, in Pinsk - und am Kriegsende in Odessa. Lauter vertraute Namen, die den Daheimgebliebenen durch den "Heldentenor" der Heeres- und Siegesberichte, denen da draussen aber durch rollenden Kanonendonner, knatternde Maschinengewehrfeuer und die Todesschreie Gefallener eingehämmert worden sind.

Doch wir sind nicht in Russland. Seit 1918 weht die blau-gelb-rote Flagge Rumäniens über Bessarabien und seiner Hauptstadt. Eine andre Erscheinung aber zeigt noch an, dass hier annektiertes Gebiet ist: das unzählige Militär, das die Strassen Kischineffs bevölkert. O ja, die Rumänen lieben es, mit aller Deutlichkeit zu demonstrieren, dass sie heute die Herren und Eroberer dieses Landes sind. Selbstbewusst schreiten die Offiziere, geschneitelt und gebügelt einher. Scheu und gedrückt machen die Zivilisten einen grossen Bogen um sie. Eine sonderbare Luft weht in dieser Stadt; man spürt sie immer wieder. Da marschieren ein grosser Trupp eingezogener Rekruten, bepackt mit Bündeln und Körben, darin viel Mutterliebe, lärmend durch die Strassen. Es sind junge Bessarabier, die irgendwohin nach dem alten Reiche, nach Siebenbürgen oder dem Banat zur Ableistung ihrer Militärpflicht geschickt werden. Hier in Bessarabien, in bedenklicher Nähe der bolschewistischen Grenze, stehen "zuverlässige" Truppenteile aus der Moldau, Walachei und Siebenbürgen. Für alle Fälle! Und nach alter Methode, denn auch das kaiserliche Deutschland packte wohlweislich Elsass-Lothringen mit Preussen und Thüringern voll.....

Mit diesem Vergleich soll beileibe nicht behauptet werden, dass Bessarabien ein Elsass-Lothringen für Rumänien sei. Hier sei nur festgestellt: Bessarabien ist seit Jahrtausenden ein heftig umstrittenes Grenzland, das immer wieder den Herrn wechseln musste und nie zur Ruhe gekommen ist. Ströme von Blut haben diesen Boden getränkt. Hier hausten die Tataren, die Oströmer, walachische und Moldauer Fürsten, die Türken, die Russen. Die russische Herrschaft dauerte von 1812 bis 1918, und die Objektivität verlangt es, anzuerkennen, dass die russische Verwaltung alles aufgeboten hat, in diese von den Türken bis zum Weissbluten ausgepowerte Provinz Handel und Wandel zu bringen. Dabei war natürlich eine grosse Portion Eigennutz ausschlaggebend, denn die Petersburger Gebieter wussten sehr wohl, dass Bessarabien eine wichtige Brücke zur Balkanhalbinsel für sie darstellte, wo man sich eine wohlgesinnte Bevölkerung schaffen musste. Kischineff, in der Türkenzeit ein trostloses Nest, verwandelte sich während des russischen Regimes in eine blühende Stadt, in der auch die werktätige Bevölkerung ein gutes Auskommen hatte. Mit dem Verfall des Zarenreiches wurde Bessarabien eine demokratische Republik, mit Kischineff als Hauptstadt. Am 27. März 1918 aber, als bolschewistische Banden einbrachen, sprach sich der sogenannte Volksrat für den Anschluss an Rumänien aus, dessen Türen bereits vor den Toren standen.

Kischineff mit seinen 120 000 Einwohnern ist heute die zweitgrösste Stadt Rumäniens. Seine Bevölkerung setzt sich aus Juden (über 50 Prozent), Russen, Rumänen, Griechen, Armeniern, Deutschen und Bulgaren zusammen. Die russische Sprache und das "Jiddisch" sind weitaus vorherrschend; rumänisch hört man nur selten. Die Träger der deutschen Sprache, die man öfters vernimmt, sind fast durchweg aus der Provinz zugezogene deutsche Kolonisten, deren Vorfahren vor ungefähr 100 Jahren nach Bessarabien ausgewandert waren. Übrigens trägt eine der Hauptstrassen Kischineffs, die nach dem letzten russischen Bürgermeister benannt worden ist, den doch wirklich echt deutschen Namen Schmidt. Noch heute ist der Name Schmidt in aller Munde, und als dieser Mann vor vier Jahren starb, drängten sich hinter seinem Sarge Leute aus allen Bevölkerungsschichten der Stadt. Schmidt, der Gründer des modernen Kischineff, soll diese Ehre wirklich verdient haben. Die Rumänen, die es sich nicht haben nehmen lassen, die meisten Strassennamen abzuändern, machten mit der Strada Schmidt eine lobende Ausnahme. Weniger aufmerksam aber behandelten sie sich gegenüber den Denkmälern verschiedener Zaren, die "gekint" wurden, und deren zertrümmerte Ueberreste

sich heute in den Parkecken herumtreiben....Sie transit gloria mundi!... Damit jedoch die Plätze nicht kahl blieben, pflanzten die Rumänen die Statuen ureigener "Grössen" auf. Als Ersatz für das gestürzte Alexander-Denkmal an der schön gelegenen Esplanada wurde eine kolossale Erzfigur Stefans des Grossen - oder, genauer übersetzt, des "Grössten" - aufgerichtet. Dieser grube Stefan, der ein gar wildes Gesicht zeigt, schaut dräuend gen Osten, in der Rechten ein mordslanges Schwert und in der erhobenen Linken ein Kreuz. "Er bannt den gottlosen Bolschewismus", sagen die Rumänen... "Aber nein", raunen die Russen; "er segnet unser Mütterchen Russland, damit es ihm bald wieder besser gehe".... Andre Spötter wieder tischen die Anekdote auf, die man sich auch vom Kopernikus-Denkmal in Warschau erzählt: "Dieser brave Mann da oben ist der einzige im Lande, der kein Bestechungsgeld nimmt".....

Auf bepflanzten Hügeln gelegen, erstreckt sich Kischineff überaus weitausläufig. Nicht nur das Zentrum, sondern auch die Vorstädte weisen eine gerade, geometrische Gleichförmigkeit auf. Kerzengerade Strassen, wie mit dem Lineal gezogen, schneiden sich peinlich genau im rechten Winkel. Die anliegenden Häuser unterscheiden sich in nichts von den zierlichen Stadtbauten, die man während des Krieges so oft in Russland gesehen hat. Meistens steinern, mit sehr vielen Fenstern, rot oder grün gestrichenem Blechdach und schweren Türen. Sie geben dem Gesamtbild eine besonders sympathische und anheimelnde Note. Sensationen hat Kischineff nicht. Die lässt es dem grosspurigen Bukarest, das ja auch im Gegensatz zu ihm zu den "Neureichen" gehört. Als Sehenswürdigkeit wäre noch das Ghetto, das Judenviertel, zu erwähnen, dieses orientalische Durcheinander von feilschenden Menschen, Läden, Kaufbuden, Stellagen und Tieren. Doch eine "Riech"-Würdigkeit ist es bestimmt nicht. Die überall aus den offenen Garküchen strömenden bess-arabischen, leider nicht arabischen Gerüche von schmorendem Hammelfett sind nichts für eine westeuropäische Nase.....

Es geht den Kischineffern schlecht, sehr schlecht. Die würgende Agrarkrise, die wenig vorbildliche rumänische Verwaltung, die Nähe der sowjet-russischen Grenze, der Ausnahmezustand in der Grenzzone - alle diese Faktoren unter denen ganz Bessarabien leidet, haben Handel und Wandel dieser Stadt gelähmt. Die Bevölkerung ist verzweifelt, da sie keinen Ausweg aus ihrer Not sieht. Hinzu kommt noch der politische Alpdruck der bessarabischen Frage, die im letzten halben Jahre wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Die allgemein bedrückte Atmosphäre teilt sich auch dem fremden Besucher mit, der fast aufatmet, wenn er diese in Not, in Sorge und Furcht um die Zukunft lebende Stadt wieder verlässt.

Tragische Erkenntnis.^X

SPD. Anfangs las ich in meinem Baedeker so vor mich hin. Mittendrin wurde ich, von einer Regung des Gemüts beunruhigt, stutzig, hielt inne, las noch einmal, und dann stand plötzlich und mit aller Wucht ein tragischer Zusammenhang zwischen dem, was ich las, und einem der fürchterlichsten Ereignisse der Weltgeschichte grell und klar vor meinem Bewusstsein.

Reisen kann ich mir nicht leisten; also lese ich als Reise-Ersatz zureichend gern im Baedeker, jenem onkelhaften und gründlichen Reiseführer des braven Bürgers. Das ist schön und billig. Vor allem billig. Ich blätterte auf und war mitten in Belgien, im Vlamenland, im schönen Gent. Ich kannte es aus einer schlimmen Zeit, aus dem Kriege, kannte es nicht sowie der Baedeker und suchte mich nun an seiner Hand neu zu orientieren in dem alten, herrlichen Vlamenstädtchen. Bald fand ich mich auch zurecht, entdeckte auch schnell die holde Gasse, in der ich vor dem Fenster einer noch holderen Vlamenmaid so oft auf und ab patrouilliert war und schliesslich Erhörung gefunden hatte.

Von Gent fuhr ich dann - mit dem Finger auf Baedekers Karte - nach Isegkem, nach Courtrai, nach Menin. Auch hier war ich noch gewesen, damals im Kriege; aber hier waren schon keine Erinnerungen an Vlamenmädchen mehr, dafür solche an Geschützdonner, zerstörte Häuser, Vernichtung und Barbarei...

Aber ich schüttelte die hässlichen Erinnerungen ab und las im Baedeker weiter: "...von Menin aus kann man dann über Gheluwe und Gheluwelt schon für 50 Pfennig in 25 Minuten nach Ypern fahren....."

Hier setzte plötzlich die Unruhe meines Herzens und Gewissens ein: Menin...Gheluwe...Gheluwelt...Ypern... Hier hatten wir gekämpft, hatte ein Volk gekämpft, gelitten, geblutet; hier waren Hunderttausende gefallen, auf den Feldern vor Ypern, in den Gräben, in den Granattrichtern. Vier Jahre lang; war hier Tod, Blut, Schmerz, Vernichtung gewesen.

Wie war das doch? Was stand im Baedeker?....."Von Menin aus kann man dann schon für 50 Pfennige in 25 Minuten nach Ypern fahren"? Ja, so stand da schwarz auf weiss. In einem sachlichen, ernst zu nehmenden Buche, das es mit der Wahrheit recht genau nahm.

Aber das konnte doch gar nicht wahr sein! Das konnte man doch gar nicht für 50 Pfennige in 25 Minuten von Menin nach Ypern fahren! Wir wissen es doch wir haben es doch am eigenen Leibe erfahren. Bei Gheluwelt hat mir doch ein Granatsplitter den Schenkel zerrissen, weil ich nach Ypern wollte! Und meine Freunde hat es die Brust zerschmetterert, weil er nach Ypern wollte.

Ein Sechzigmillionenvolk hat doch damals von Menin nach Ypern gewollt, über Gheluwe und Gheluwelt. Hunderttausenden hat dieses Wollen das Leben gekostet zwischen Menin und Ypern. Hunderttausend Kreuze stehen auf den Äckern und Feldern. Und Millionen und Abermillionen wurden dafür bezahlt, das Vermögen eines Volkes. Die Erde wurde durchwühlt, unterminiert; Kanäle und Schleusen wurden gesprengt, Strassen aufgerissen, Häuser dem Erdboden gleichgemacht, Kirchen zerstört, Ackerland und Gärten bis zum Grundwasser abgehoben. Wasserfluten über fruchtbares Feld geschickt, Bauern von Haus und Hof vertrieben, Luft und Erde mit Giftgas verseucht, vier lange, entsetzliche Jahre hindurch, Tag und Nacht, alles nur, um von Menin nach Ypern zu gelangen.

Und alles umsonst. Das Sechzigmillionenvolk konnte nicht hingelangen. Und nun stand hier zu lesen, dass man diesen Weg in 25 Minuten für 50 Pfennige bequem fahren könnte.

Welch eine höllische Spiegelfechtere! Kann man uns so betrogen haben?! Konnten die Dinge so einfach und leicht sein? Und konnten die Menschen sie sich so kompliziert und sinnlos schwer machen?!

Ein infernalischer Spass, den sich da der Baedeker, bieder, harmlos und unfreiwillig, geleistet hat! Eine Reiseführer-Schicksalsironie, die sich Generäle und Staatsmänner einmal nachhaltig zu Gemüte führen sollten. Es ist nur zu befürchten, dass ihnen die tragische Erkenntnis daraus nicht recht zum Bewusstsein kommen wird. Zuverlässiger ist's schon, die Massen prägen es sich unauslöschlich ein, dass eine Strecke, die man im Frieden und in Frieden für 50 Pfennig in 25 Minuten zurücklegen kann, im Kriege Millionen, Blut und Vernichtung kostet, ohne dass man sie hinter sich bringt.

Heinz Eisgruber.

SPD. Aufregendes Erlebnis.^x "Das Erregendste, was ich je erlebt habe, war ein Sturm im Schwarzen Meer. Da war Windstärke zwölf, wenn Sie sich vorstellen können, was das heisst. Sämtliche Passagiere lagen auf den Knien und beteten. Der Erregung kommt nichts gleich, kann ich Ihnen sagen."

"Das ist noch gar nichts. Ich habe neulich mal im Bridge sechs Karo gereizt und gewonnen. Was meinen Sie, was das für eine Aufregung war!"

Klassengesang.^x

Wir geben Signal für die Arbeiterwelt.
Wir stehen zum Angriff bereit.
Ein jeder von uns weiss, wo er marschiert
und ist in die Front eingereicht
als Erster nicht, als Letzter nicht
wenn wir Kolonnen formieren,
als Erster nicht, als Letzter nicht,
wenn wir für die Klasse marschieren.

Wir schliessen uns an, wir reihen uns ein,
wir tun als Genossen die Pflicht.
Wir gehen als erste zum Angriff vor
und kommen als Zögernde nicht.
Wir haben als Arbeiterklasse die Kraft,
die Wunden der Armut zu heilen.
Wir haben als Arbeiterklasse das Recht,
die Ernte der Welt zu verteilen.

Wir schaffen für alle Hungernden Brot,
für alle Nackten das Kleid.
Wir wollen gerechte Verteilung der Welt
und stehen zum Angriff bereit!
Komm mit, Genosse, komm mit, Kamerad,
und reihe dich ein in die Klasse!
Wir kämpfen für den Einzelnen nicht.
Wir siegen für die Masse.

Kollege, komm mit, komm mit, Kamerad.
du Bruder im Arbeiterkleid!
Ein jeder von uns weiss, wo er marschiert,
und ist in die Front eingereicht
als Erster nicht, als Letzter nicht,
wir stürmen alle geschlossen
für Recht und Freiheit, Arbeit und Brot
als Brüder und als Genossen!

Alfred Thieme.

SPD. Kinder als Schauspieler.^x In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts
entstand in Wien eine "Nationalpflanzschule für Schauspieler und Schauspieler-
rinnen", die der Ausbildung von Kindern als Schauspieler diente. Diese Kinder
wagten sich an die grössten Aufgaben heran. Sie stellten sogar Shakespeares
"Hamlet" dar. In einem zeitgenössischen Scherzspiel wird dies kühne Unterneh-
men ein wenig verspottet. Da erscheint der Geist Shakespeares dem Knaben, der
den Hamlet spielt, um zunächst Verwahrung gegen die Aufführung einzulegen.
Dann überzeugt er sich jedoch, dass der Junge seine Sache gut macht, und der
Geist versinkt nach dem Muster des Geistes von Hamlets Vater wieder in die
Erde. Dabei spricht er in Bezug auf die Aufführung: "Ja, ich erlaub's", und
so spielte der kleine Knabe brav die grosse Rolle. - Die erste Aufführung des
"Hamlet" in deutscher Sprache fand im Jahre 1773 in Wien statt. Dann folgte
Hamburg im Jahre 1776.